

der Europa-Politik, daher die keineswegs zu vornehmende Haltung auf der Konferenz im Haag.

Was bringt die „amerikanische“ Orientierung der englischen Politik? Zunächst sicher eine gewisse Beschränkung der Rüstungen, die freilich mit wahrer Abrüstung keineswegs gleichzusetzen ist. Dann aber hören die Aktion dieser Orientierung im Sinne der internationalen Arbeiterklasse auf und beginnen ihre Passiva. Sie sind heute noch nicht wirksam, wir wollen auch keine Gefahren an die Wand malen, die im Moment nicht aktuell sind. Ein anderer Nachteil ist an die „amerikanische“ Orientierung anzulegen. Der des britischen Arbeiterregiment klar in Erscheinung: es fällt ihr zu, im Interesse der Konsolidierung der (kapitalistischen) englischen Wirtschaft eine Annäherung der Vereinigten Staaten an das Weltreich zu vollziehen, die die englische Bourgeoisie aus Gründen des Prestiges und der eigenen Weltgeltungstheorie nicht vollziehen kann. Annäherung und noch mehr: wirtschaftliche Angleichung, geistlicher Anknüpfung an die mächtigeren und ergiebigeren Reichtumsquellen des amerikanischen Finanzkapitals.

Das bedeutet für die nächste Phase der Weltpolitik zweifellos die Auslösung vieler Gefahrenherde; für die nächste Phase natürlich nur, nicht für immer. Aber die Welt ist groß, und neben der Weltpolitik der Hebergefahren gibt es auch europäische Schmerz- und europäische Sorgen. Da ist der Arbeiterregiment die Kraft zur köpferischen Tat nicht verliehen. Sie hat keine feste Hand in der Europa-Politik. Das ist der Grund aller Haager Krisen.

Als die Regierung Macdonald ihr Amt übernahm, wurde schon von sozialistischen Seite die Warnung ausgesprochen: keine Missionen, keine übermäßigsten Missionen! Die Arbeiterregierung kann auch nicht mehr tun, als was die englische Bourgeoisie tun möchte (im eigenen Klasseninteresse), was sie aber aus verschiedenen Gründen geschäftlicher Natur gegenwärtig nicht tun kann. Wir haben daher auch von der englischen Arbeiterregierung nicht erwartet, daß sie alle englischen Missionen in Ägypten preisgeben, sich aus Indien zurückziehen würde. Was sie in Ägypten tut, ist gewiß vernünftiger als Chamberlains Nichtstun, und die Abberufung Lord Plomers war zweifellos eine Tat. Viel mehr wird man auch hier nicht erwarten dürfen. Die englischen Samovollinteressen im Sudan preisgeben, hieße für die Arbeiterregierung: das eigene Todesurteil unterschreiben. Noch weniger wird in Indien geschehen. Gerade hier aber wird die Frage auftauchen: wie weit darf eine Arbeiterregierung Konzessionen machen an die Mehrheit der bürgerlichen Parteien, um jenem Todesurteil zu entgehen? Trifft nicht sehr bald ein Augenblick ein, wo das Todesurteil der Bewegung viel mehr zum Nutzen gereicht als eine weitere Solacien, erteilt durch Preisgabe des eigenen Programms?

Von einem Hoang zur Preisgabe des Programms konnte allerdings in der Außenpolitik der Arbeiterregierung nicht gesprochen werden. Und dennoch kann das bisherige Ergebnis in keinem Sinne befriedigend wirken. Die Verhandlungen sind abgebrochen, die diplomatischen Beziehungen mit Rußland nicht wieder angebahnt. Das die Moskauer Instruktionen einen solchen Ausmaß begünstigt haben, steht fest. Aber auf eine solche Taktik der Rußen mußte man von vornherein eingestellt sein, man mußte sie durchkreuzen. Sondern ist das nicht gelungen. Das positive Resultat ist gleich null.

So sieht die vorläufige Bilanz der außenpolitischen Praxis für das Kabinett Macdonald nicht günstig aus. Sie offenbart, wie sehr die Arbeiterregiment gefordert ist durch die Begebenheiten der Gesamtsituation einer kapitalistischen Wirtschaft. Die Lehre wiederum: keine Missionen! Sie können zu bitteren Enttäuschungen führen.

Nicht weniger stark sind die Bindungen, die der Arbeiterregiment in ihrer inneren Politik erwachsen. Es war ein Stück Innenpolitik, und kein eigentliches, das die Arbeiterregiment um des lieben Friedens willen Trost die Unruhe verbot. Das bleibt glücklicherweise eine Episode. Was aber nicht Episode bleibt und sich wiederholen muß, sind die Schwierigkeiten der Regierung in der Praxis der Sozial- und Wirtschaftspolitik. Die Versprechungen der Arbeiterregiment über die Verkürzung der Arbeitszeit im Vergleich mit der Bekämpfung der Wirtschaft, und zwar am Anfang des Jahres. Ebenso kann die Arbeiterregiment auch dem Streikkampf in der Textilindustrie nicht zu begegnen, wie es eine sozialistische Regierung tun müßte. Sie kann nur langwierige Verhandlungen über eine Reorganisation der Textilindustrie einleiten. Das praktische Ergebnis bleibt aus.

Überall Schwierigkeiten, Steinhaufen, Barrieren, die nicht zu überwinden sind. Fehler des Macdonaldschen Regierungssystems? Freilich, auch Fehler. Aber nicht an den Fehlern liegt es, wenn der Erfolg verhoffen bleibt, sondern an den Grenzen, die einer jeden Arbeiterregiment das unerschütterte Fortbestehen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zieht. Es gilt, diese Grenzen zu erkennen, um größere, vernünftigeren Fehler vermeiden zu können. A. G.

Die ärmellose, die furchtbare Zeit

Der württembergische Landesverband der katholischen Arbeiter und Arbeiterinnen hielt dieser Tage eine besondere Tagung für seine weiblichen Mitglieder ab. Nach den darüber vorliegenden Berichten waren auf ihr 9 Präses und 214 Besucherinnen anwesend. Auf je 23 Arbeiterinnen traf also ein geistlicher Schutengel. Das Ergebnis der Beratung über das Thema „Unsre besondere Zeit Aufgabe“ ist auch danach, es gipfelte in der Annahme folgender Leitsätze:

Die Arbeiterin ist andern Geschlechtern ausgegrenzt als die Hausfrau. Daher ist überall besondere sozioökonomische Betreuung der Arbeiterinnen in den katholischen Arbeiterinnenvereinen notwendig. Die katholischen Arbeiterinnenvereine richten sich bezüglich ihrer Kleidung nach den bürgerlichen Modellen. Dabei geben sie die Lösung an: keine Arbeiterin der katholischen Arbeiterinnenvereine trägt ein Kleid ohne Ärmel. Wie lang der Ärmel ist, bleibt dem Geschick der einzelnen Arbeiterinnen überlassen. (Welche Toleranz! D. Ber.) Selbstverständlich trägt die Arbeiterin nicht nur in der Kirche, sondern auch außerhalb derselben ein Kleid mit Ärmeln.

Eine „Arbeiter“-Organisation, die in einer Zeit stärker wirtschaftlicher Bedrängnis keine andern Sorgen hat, als Diskussionen über Kleider mit und ohne Ärmel zu führen, ist reif, von der Bildfläche zu verschwinden. Ihre Mitglieder können in uns nur Mitleid erregen — „denn sie wissen nicht, was sie tun“.

Die Versicherungsreform im Ausschub

Im Sozialpolitischen Ausschub des Reichstags begann am Mittwoch die Generaldebatte über die Regierungsvorlage zur Änderung der Arbeitslosenversicherung. Die Ausarbeitung wurde durch eine Rede des Reichsarbeitsministers Wiffell eingeleitet.

Der Minister begrüßte im wesentlichen die Punkte der Vorlage, in denen sie von dem Mehrheitsgutachten des Sachverständigenausschusses abweicht und die von besonderer finanzieller Tragweite sind. An Stelle des Sachverständigenausschusses genutzten Vorschlages, Beitragswochen und Unterhaltungswochen für alle Versicherten gegeneinander in Beziehung zu setzen, enthält die Vorlage eine solche Regelung lediglich für die Saisonarbeiter. Die dadurch ersetzte Erparnis würde auf 21 Millionen Mark geschätzt. Die Verlängerung der Beiträge für Arbeiter ohne zuschlagsberechtigte Angehörige auf 2 Wochen sollen 25 Millionen Mark Erparnis erzielen. Die Anrechnung der Rente und Beiträge werde mit 16 Millionen Mark besetzt. Die Kürzung des Beitrags an die Krankenversicherung sei in der Regierungsvorlage auf 30 Millionen Mark erhöht worden. Da nach der vom Sachverständigenausschub vorgelegten Berechnungen ein Gesamtschub von 370 Millionen Mark pro Jahr zu decken sei und die vorgezeichnete Beitragserhöhung um 1/2 Prozent den Beitrag von 140 Millionen Mark bringe, müßten durch Erparnisse 130 Millionen Mark aufgebracht werden. Die in der Regierungsvorlage vorgezeichneten Erparnisse seien mit 92 Millionen Mark errechnet, so daß noch 47 Millionen Mark ungedeckt blieben. Es sei die Aufgabe des Sozialpolitischen Ausschusses, eine Bilanzierung herbeizuführen.

In der Generaldebatte nahm zunächst Abg. Grafmann (Soz.) das Wort. Er führte aus: Monatslang wurde mit maßvoller Unterbrechung über die Vorlage geredet und geschrieben. Jetzt, wo umfangreiche Vorschläge zur Befreiung von Wehrdienst vorliegen, werden sie in finanzieller Hinsicht gleich Null gesetzt, und darüber hinaus wird ein genereller Abbau der Unterhaltungsleistungen gefordert. Die Anknüpfung der Unterhaltungswochen an die Zahl der Beitragswochen ist ein gefährliches Experiment, das die Sozialdemokratie ablehnen muß, denn mit ihm werden die kurzfristig Beschäftigten und dadurch häufig arbeitslos werdenden Menschen am härtesten betroffen. Das gilt

vor allem für die älteren Arbeiter und Angestellten, denen nur kurzfristige Arbeit möglich ist. Der Reichstag kann lediglich prüfen, auf welchem Wege die Konkurrenz der Saisonarbeiterförderung unter sozialen Gesichtspunkten möglich ist. Die Sozialdemokratie ist auch gegen die geplante Verlängerung der Beiträge; es braucht hier nur auf die vom Sachverständigenausschub vorgelegten Argumente verwiesen zu werden. Eine Anrechnung der Sozialrenten auf die Arbeitslosenversicherung widerspricht den Versicherungsgrundsätzen, nach denen bisher die Mitglieder der einzelnen Sozialversicherungsgebiete ihre Beiträge geleistet haben. Mit einer Anrechnung der Beiträge kann man sich einverstanden erklären, ebenso mit einer Kürzung der Beiträge der Versicherten an die Krankenkassen. In der letzten Konferenz der Gewerkschaftsleiter aller Nationen hat sich ein prominenter Vertreter eines der äußerten Reiches nahebestehenden Berufsverbände gegen jede Beitragserhöhung gewandt, gleichzeitig jedoch erklärt, daß ein bei der jetzigen Reform etwa noch verbleibendes Defizit durch entsprechende Maßnahmsmaßnahmen gedeckt werden müsse, auch wenn dadurch neue Steuern notwendig werden sollten. Dieser Auffassung eines tüchtigen Gewerkschaftsvertreters müßte insoweit beigetreten werden, als grundsätzlichen das Reich auch in Zukunft von einer Hilfestellung für die Arbeitslosenversicherung bei besonders ungünstigen Arbeitsmarktverhältnissen nicht entbunden werden kann.

Kübel (Sozial.) verteidigte das geltende Arbeitslosenversicherungsrecht, das die Sozialminister seinerzeit als schlimmsten Arbeiterbetrug gekennzeichnet hatten, und kündigte den Ausschub aller Versicherten gegen die Vorlage an. — Dr. Pfeffer (D. Sp.) erklärte, daß seine Fraktion mit der Vorlage in wesentlichen Punkten nicht einverstanden sei. Die Vorlage ist nicht nur im Inhalt, sondern auch in der Fassung ein Defizit. Die Vorlage ist nicht als ein Geschäft empfunden. Man habe die vom Sachverständigenausschub verlangte wichtige Änderung in den Leistungen herausgelassen. Ohne die Befreiung einer Relation zwischen Beitragsleistung und Unterhaltungswochen sei die Finanzierung unmöglich. Abg. Sackler (Dul.) verlangte Deckung des Defizits lediglich durch Leistungsabbau. — Die Beratungen des Ausschusses werden am Donnerstag fortgesetzt.

Eine teure Reklamefahrt

„Unser“ Zeppelin! — Was die bürgerliche Presse nicht berichtet!

Während sich der deutsche Bürger freut, daß der „Graf Zeppelin“ Deutschlands Ruhm bis zu den Japanern und bis zu den Bewohnern anderer fernerer Länder trägt, während die gesamte bürgerliche Presse Deutschlands Kopf steht über die Leistungen „deutschen Erfindergeistes“, erkundigt sich merkwürdigerweise kein Mensch nach den Geldmitteln, die der Bau des Luftschiffes und sein Gernnfahren in der Welt ermöglichen. Man ist auch so großzügig, nicht danach zu fragen, ob die ganzen „Stuhmskaten“ des Herrn Dr. Eckener von irgendeinem Standpunkt aus einen Sinn haben. Kein Mensch interessiert sich für die Tatsache, daß die bisherigen Erfahrungen mit dem „Graf Zeppelin“ nicht den Beweis erbracht haben, daß ein zuverlässiger und regelmäßiger Transoceanverkehr mit seiner Hilfe möglich ist. Noch viel weniger denkt man einmal darüber nach, unter welchen Voraussetzungen die Wirtschaftlichkeit des Luftverkehrs mittels Großluftschiffen vorhanden ist.

Dieser Tage hat nun ein Mann sich über die Probleme ausgesprochen, dessen Meinung nicht ungehört verhallen darf. Es ist er doch einer der ersten Sachverständigen auf diesem Gebiete, ein Mensch, der die Geschäftsmoralität auf diesem Gebiete, ein feines Gefühl für die Bedürfnisse der nächsten Umgebung mit ansehnlicher Kommerziant Dr. Colmann, der bis vor kurzem Direktor der Zeppelin-W.G. in Friedrichshafen war, dessen freiwilliges Ausscheiden aus seiner Stellung größtes Aufsehen erregt hat, beginnt etwas von der Wertieren des Zeppelin-Eckener-Problems auszuwandern. Was er in einem Vortrag vor der Vereinigung für rechts- und staatswissenschaftliche Fortbildung in Köln berichtete, waren keine Indiscretionen, sondern nüchterne kaufmännische Realisationen eines Mannes, der die Dinge so genau kennt, daß man nicht wagen kann, ihm mangelnde Sachkunde vorzuwerfen.

Herr Colmann war so — unkontrolliert, festzustellen, daß der Transoceanverkehr räumlich solche Anforderungen stellt, daß bei den heutigen Konstruktionsmöglichkeiten die Rentabilität des Verkehrs durch ihn fast unmöglich gemacht würde. Dann ging er auf das große Projekt Eckeners, den regelmäßigen Luftschiffverkehr Mittelamerika — Südamerika, ein. Zur Bewältigung des Verkehrs wären sechs Luftschiffe und neun

Hallen erforderlich, deren Kosten mit Zubehör (Gasfabriken usw.) etwa fünfzig Millionen Mark beanspruchen. Ist das schon ein gewaltiger Betrag, dessen Aufbringung eine Frage ist, so laßt natürlich erst nach der Investition so gewaltiger Mittel die zwingende Frage auf, wie es denn hier mit der Wirtschaftlichkeit des Verkehrs steht, wie groß die regelmäßigen Einnahmen sein müssen, damit eine Rentabilität des Unternehmens gegeben ist?

Der langjährige Direktor der Zeppelin-W.G. in Friedrichshafen und Mitarbeiter des Grafen Zeppelin vertritt die Auffassung, daß die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens erst dann garantiert sei, wenn bei zwei Flügen wöchentlich in jeder Richtung jebe höchst 100 000 R. an Einnahmen bräute.

Es wäre also im Jahre eine Gesamteinnahme von mehr als vierhundertsechzig Millionen Mark notwendig, das wäre fast die Hälfte des insgesamt investierten Kapitals!

Diese Summen sehen aber nicht allein voraus, daß derartige Einnahmen — hauptsächlich aus der Beförderung von Post — zufließen könnten, was schon sehr skeptisch beurteilt werden muß, es ist aber auch unbedingt zuverlässigkeit und Regelmäßigkeit Voraussetzung jeder kaufmännischen Realisation. Denn bei einem regelmäßigen Transoceanverkehr handelt es sich ja nicht darum, daß Händler, die für sich Reklame machen wollen, oder Parlamentarier, die unterwegs Geld spielen, befördert werden sollen, denen es also auf die formale Berechtigung nicht ankommt, sondern die Beförderung jeder Betriebsunfall würde die nachdrücklichsten geschäftlichen Folgen für das Unternehmen haben. — Colmann beschäftigt sich dann noch mit den

Möglichkeiten eines regelmäßigen Verkehrs auf der Strecke Neuhort—Mittelamerika

Hier würden die technischen Schwierigkeiten noch viel beträchtlicher sein.

Hier bedürfte unbedeutend ist auch die Tatsache, die der Kommerziant Colmann noch einmal hervorhebt, daß der „Graf Zeppelin“ trotz seines Rekordfahrens und dem vielen Kinn, den er ihm gemacht wird, nicht das Luftschiff ist, das die Voraussetzungen für einen regelmäßigen Luftverkehr erfüllt. Da nun Dr. Eckener nicht zu den Menschen gehört, die die ganzen Aktionen mit dem „Graf Zeppelin“ nur unternehmen, um an deutschen Welen die Welt gehen zu lassen, da sie für ihn nähere Geschäftszwecke sind, ist eigentlich die Frage nahelegend, was er eigentlich mit der Weltfahrt und ähnlichen „Sportlichen Leistungen“ beabsichtigt? Die Antwort hierauf ist nicht schwer: Dr. Eckener sucht Kapitalisten, die sich für seine Pläne interessieren. Er hat sie vor allem in den Vereinigten Staaten gesucht. Er hat sich auch sonst bemüht, aber es fanden sich keine. Den Leuten war die Frage der Rentabilität des Unternehmens nicht über aber bei dem Betrieb des „Graf Zeppelin“ voraussetzlich überhaupt nicht zu erzielen sein? Er ist eine Angelegenheit des Sports und der Reklamelieferungen, aber eine sehr kostspielige! Der Zeppelin hat heute nur einen Zweck: er soll Reklame machen. Reklame, weiter nichts! Diese Reklame soll das Ziel haben, Gelder flüssig zu machen für die weiteren Pläne des Herrn Eckener.

An wen denkt nun die Zeppelin-W.G. in Friedrichshafen bei der Beschaffung der neuen gewaltigen Summen? Wen kann man Subventionierung (darum handelt es sich letzten Endes!) zutrauen, nachdem das Privatkapital abgewandt hat? Dem Deutschen Reich natürlich! Wie heute weiß die Öffentlichkeit nicht, wie die Berechnung der durch die berühmte Zeppelin-Eckener-Expedition eingegangenen Gelder erfolgt ist! Wie jetzt weiß man auch nicht, in welchem Maße die Zeppelin-W.G. in Friedrichshafen durch Reichsmittel unterstützt wird!

Es wurden vom Jahre 1925 bis einschließlich 1929 genau zweihundertsechzig Millionen Mark vom Reich offen für das Luftschiffwesen ausbezahlt.

Die Summe ist vermutlich noch beträchtlich größer, da hier für 1928 und 1929 nur der im Haushaltsplan eingezeichnet Zuschußbedarf angenommen wurde. Die Öffentlichkeit hat keine Ahnung, welcher Betrag von diesen zweihundertsechzig Millionen Mark nach Friedrichshafen geflossen ist. Sie weiß auch nicht, wie weit in anderen Haushaltsplänen (Weichgarantien usw.) Ausgaben für den Zeppelin veranlagt sind.

Jedenfalls kann man mit einiger Berechtigung von „unserem“ Zeppelin sprechen, daß er für unser Geld, für das Geld der Steuerzahler erdant und betrieben wird. Die Reklamefahrten des Dr. Eckener lassen aber vermuten, daß mit den bisherigen Opfern nicht genug sein soll, daß man von neuem an die Gemeindereicheit der hohen Bürokratie appellieren will. Aus diesem Grunde sucht man die Öffentlichkeit in einem Regierungsentscheidungsakt zu glorifizieren, damit um so eher neue Millionen losgeremelt werden.

Die Beschaffung von Geldern für die Lindnerung der Not der Grozschloschen müßte doch eigentlich wichtiger sein als die Finanzierung eines Geistesgesetzes beim Kaiser von Daport!

2mal Moskau.

(Anlässlich des russischen Notenscheffens.)



1925: „Nieder mit den Danzerkreuzerpolitikern!“



1929: „Ein Loch der deutschen Not!“